

für Halle vierteljährlich bei postmöglicher
Anstellung 2,50 M., durch die Post
3,25 M., ausföhr. Anstellungsgebühren,
Befreiungen werden von allen Reichs-
postämtern angenommen.
Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis
unter „Saale-Zeitung“ eingetragen.
Für unentgeltlich eingehende Manuskripte
wird keine Gewähr übernommen.
Nachdruck nur mit Quellenangabe:
„Saale-Ztg.“ gestattet.
Gesamtherausgeber der Redaktion Nr. 1140:
der Anzeigen-Abteilung Nr. 170; der
Abonnements-Abteilung Nr. 1153.

Saale-Beitung.

Hundertvierzigster Jahrgang.

weder die 6 gebaltene Monatsgebühr
oder beim Raum mit 30 Pf., welche
aus Halle mit 20 Pf., berechnet und in
untenen Anzeigenspreisen und allen
Annoncen-Expeditionen angenommen.
Wachsende die Seite 75 Pf. für Halle,
andereorts 1 Mf.

Erscheint täglich zweimal,
Samstage und Montage einmal.

Redaktion und Haupt-Geschäfts-
stelle: Halle, Str. Brauhausstraße 17;
Verwaltungsstelle: Markt 24.

Nr. 203.

Halle a. S., Dienstag, den 2. Mai.

1911.

Eine Strafexpedition gegen die Wambaleute.

Geleitmann Berghausen von Friedrich-Wilhelms-Solen berichtet in einer Veröffentlichung des Deutschen Kolonialblattes von einer Strafexpedition nach dem Warthamgebiet (Neu-Guinea), die am 28. Januar begann und bis 2. Februar währte.

Auf einer Reise nach dem Hüongok erfuhr ich am 25. Januar in dem Namaladori Bussama, unweit Samoaßafen, daß der Paradiesvogelzäger Richard im Januar im Hinterlande des Herzoggebirges von Eingeborenen erschlagen worden sei. Richard war mit neun Jungen bei Steinmehlspeise in das Herzoggebirge eingedrungen. Nach mehreren Tagemärschen war er auf zahlreiche Eingeborene gestoßen, mit denen er freundliche Beziehungen anknüpfte. Die Eingeborenen heißen Buang. Nach kurzem Aufenthalt ging Richard, unter Zurücklassung seines Gepäcks und von acht Jungen, nur von einem Jungen und zwei Buang-Eingeborenen begleitet, weiter in nordwestlicher Richtung vor. Er stieß hier auf die zahlreichen Wambaleute-Eingeborenen, die mit den Buang-Eingeborenen in Feindschaft leben. Die letzteren hatten Richard auch vor dem Fortsetzen des Gebietes der Wambaleute gewarnt. Richard wurde dann von den Wambaleuten trotz Gegenwehr erschlagen, mit ihm der ihn begleitende Arbeiter und ein Buang-Eingeborener. Der überlebende Buang-Eingeborene brachte die Kunde zu seinem Platte, worauf die Richardischen Arbeiter die Sade des Getöteten mit Hilfe der Eingeborenen zur Küste nach Bussama brachten.

Die erneute Ermordung eines Weißen und die Rücklicht auf die Küstenbewohner, die gerade in der Gegend des Wartham in fändiger Furcht vor den Ueberfällen der Hinterlandbewohner leben, machten ein energisches Durchgreifen gegen die Wambaleute notwendig. Von Morobe, wohin ich zur Erledigung anderer Geschäfte mit „Gebrüder“ fuhr, nahm ich den Polizeimeister Kraus und 25 Soldaten zur Verfügung mit und marschierte am 28. Januar mit ihm und 46 Soldaten bei Steinmehlspeise ins Herzoggebirge. Dieses wurde in seinen verschiedenen Höhenzügen durchquert, wobei Höhen von zweifelslos über 1200 Meter (Moosvegetation) überschritten werden mußten. Am 31. Januar gelangten wir zu den Buangleuten, mit denen wir gleichfalls freundliche Beziehungen anknüpfen. Am 1. Februar wurde dann unter Zurücklassung sämtlichen Gepäcks gegen die Wambaleute vorgegangen. Wir waren von über vierhundert mit Speeren, Pfeil und Bogen, Holzschwertern und Schilden bewaffneten Buangleuten begleitet. Als wir in dem Gebiet der Wambaleute anlangen, sammelten sich Scharen von Eingeborenen in den Dörfern und führten dort Kriestänge auf. Wir rückten bis zu einer hohen Bergspitze bei dem größten der Wambaldörfer vor; dort gingen dann die Wambaleute von zwei Seiten in langen Reihen, hinter ihren manns hohen Schilden gedeckt, direkt zum Angriff gegen uns über. In fast dreistündigem Gefecht wurden sie zurückgeschlagen und auseinandergetrieben. Das große Wambaldorf wurde unter Feuer genommen und eingeschifft. Die Wambaleute hatten etwa vierzig Tote. Die befreundeten Buangleute trafen in das Gefecht ein. Stellenweise kam es zu einem erbitterten Nahkampf. Die Soldaten, anfänglich durch die Menge der Gegner und den Einschlag der aufgeregten Buangleute unruhig gemacht, hielten sich nachher sehr tapfer. Polizeimeister Kraus verdient für sein ruhiges, kühles Vorgehen volle Anerkennung. Nach insgesamt elf Stunden, während deren wir außer etwas morschem Zucker nichts genossen hatten, gelangten wir wieder in Buang an und erledigten nach zwei Gewaltmärschen am 3. Februar die Rüste. Nach Angabe der Buangleute sind die Leiden von den Wambaleuten begraben und nur die Leichen ermordeten Schwarzen sind aufgefressen worden.

Die marokkanischen Wirren.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt:

In der vergangenen Woche hat sich mehr und mehr herausgestellt, wie sehr sich die französische Regierung besorgt zeigt, für die als Inkonzessur in und bei bez weiten den französischen Offiziere Schutzmaßnahmen zu ergreifen. Eine Gefährdung der europäischen Kolonialpolitik nach dem in Berlin eingehenden Nachrichten nicht die vorläufig nicht zu befürchten. Frankreich ist es nicht zu verhehlen, daß es auf alle Mittel fähig ist, die geeignet sind, das Leben seiner Offiziere zu sichern. Es bleibt natürlich dem Ermessen Frankreichs überlassen, welche Mittel ihm geeignet erscheinen, da es auch die Verantwortung für die Folgen der angewandten Mittel trägt. Nach bindenden Versicherungen der französischen Regierung hat sie lediglich die Pflicht, die zur Sicherung ihrer Staatsangehörigen nötigen Maßnahmen zu ergreifen, besonders beachtliche sie nicht, die Integrität Marokkos und die Souveränität des Sultans anzuerkennen. Auch liegt eine Befehung von Fez nicht in ihren

Ablichten. Es ist zu hoffen, daß die Ereignisse der französischen Regierung die Innehaltung ihres Programms gestatten werden. Ein Hinweis auf diese Dinge würde deshalb mit der Algeriensache nicht in Einklang stehen, weil ein wesentlicher Bestandteil der Afrikasache unabhängiger marokkanischer Herrscher ist. Ein Durchbrechen wesentlicher Bestimmungen der Algeriensache, selbst wenn es durch zwingende uhere Umfande und gegen den Willen der handelnden Mächte herbeigeführt würde, würde sämtlichen Mächten ihre volle Aktionsfreiheit wiedergeben und könnte damit zu Konsequenzen führen, die sich zurzeit nicht übersehen lassen. Wir können aber nur wiederholen, daß vorläufig Fez in Laib vorliegt, bei der bisherigen vorsichtigen Haltung der französischen Regierung eine so weitgehende Entwicklung der derzeitigen Verhältnisse vorauszusetzen. — Im allgemeinen bewegt sich die Zulassung der führenden Organe der nicht-deutschen Presse in apftlichen Gedankenengungen. Als Beispiel führen wir die „Weltmeister Gazette“ an, ebenso den „Fester Loop“. Befremdlich erscheint es dagegen, daß in der französischen Schwedische einige Zeitungen einen Ton anschlagen, der mit der Haltung aufgeregter Pariser Boulevardblatter metzetert und sahmer mit der Neutralität der Schweiz vereinbar ist.

Zu dieser recht energisch klingenden Warnung sagt die „Deutsche Tageszeitung“:

Wir wollen die gegenwärtige Lage und ihre Aspekte unter dem Gesichtspunkte betrachten, daß die Rettungsaktion mit dem Marokko auf Fez für Frankreich gerechtfertigt und nötig ist. Dann ergibt sich für die übrigen Unterzeichner der Algeriensache und in erster Linie die in Marokko hauptsächlich interessierten Mächte die Forderung, daß die französischen Truppen nach dem Entlasse der Militärmission sofort Fez verlassen, und zwar bis auf den letzten Mann. Sonst würde die neuflucht von uns schon als sehr fadenhandig bezeichnete Fiktion von der Unabhängigkeit des Sultans noch unhaltbar geworden, und damit auch die der Integrität des Landes; beide begeben in prakt. einander und bilden — zusammen mit der Stipulation der Freiheit und Gleichheit des Handels — die Grundlage, auf welcher der Vertrag von Algiers überhaupt ruht. Wenn französische Truppen dauernd oder auch nur über die Erreichung des einzigen Zweckes; der Befreiung der Militärmission in Fez bleiben, so wäre damit tatsächlich eine grundlaglich und notwendig veränderte Situation geschaffen. Unseres Erachtens wäre dann der Ausgangspunkt genommen, wo, wie schon vor einiger Zeit ein englisches Blatt — wenn wir nicht irren, die „Morning Post“ — vorzuschlug, die übrigen hauptsächlich interessierten Mächte sich fänden in Marokko sichern müßten, für England lautete der Vorschlag auf Tanger, für Deutschland auf Mogador. Damit könnte man zunächst wohl einverstanden sein, und Frankreich würde selbstverständlich nicht in der Lage, etwas dagegen sagen zu können; würde es doch nur eine Konsequenz seiner eigenen „Wanderpolitik“ bedeuten, die es seit einem halben Jahrzehnt in Marokko betreibt. — Solche Maßnahmen der anderen Mächte händen auch keineswegs mit irgend welchen internationalen Verträgen in Widerspruch usw.

Nach dem scharfen Tone, den die „Nordd. Allg. Ztg.“ angeschlagen hat, wird man erwarten müssen, daß die deutsche Regierung entschlossen ist, die Beschlagnahme von Fez durch Frankreich nicht ruhig hinzunehmen. Ob sie aber eine solche Wanderpolitik einschlagen wird, muß noch dahingestellt bleiben.

Ein deutsches Warnungszeichen.

* Wien, 1. Mai. (Nachung von Louis Hirsz's Telegraphenbureau.) Die Auslassungen der „N. A. Z.“ über die Marokkopolitik werden in hiesigen Kreisen als „ernstes Warnungszeichen“ aufgefaßt. Es wird auch nicht angenommen, daß die Veröffentlichung nur dem Zwecke dienen soll, den mit der scheinbaren Referenz der deutschen Reichsregierung unzufriedenen Kreise in Deutschland zu zeigen, daß man im Auswärtigen Amt nicht schlafe. Die Adresse steht unzweifelhaft fest: Frankreich! Dem sollen die Algeriensache in Erinnerung gerufen werden, bevor andere Einfüsse sich geltend machen.

Ein Brief von Amundsen.

In einem Schreiben an die „Times“ enthüllt Frithjof Nansen das Geheimnis, welche Gründe Amundsen dazu genommen haben, seinen ursprünglichen Plan einer Expedition in die Nordpolregion heimlich aufzugeben und stattdessen zur allgemeinen Ueberzeugung das Steuer seines Schiffes sudwirts, dem Südpol entgegen, zu richten.

In England, wo man die Sudpolexpedition des Kapitän Scott mit überwiegend sportlichem Interesse zu verfolgen scheint, hat man in diesem plötzlichen Einfüsse Amundsens ein unaires Verhalten gegen den Kapitän Scott sehen wollen, da Amundsen durch die Heimlichkeit seiner Ausreise nach dem Süden sich seinen wesentlichen Vorsprung vor der englischen Polarexpedition gesichert habe. Nansen weist diesen Vorwurf zurück und erklärt, daß Amundsen keinem ganz Charakter und Wesen nach nie imstande sein könnte, unfa zu handeln. Er wurde durch die Verhältnisse zu dieser plötzlichen Einfusslandung gezwungen. Nach der Rückkehr Pearys und Cooks erfolgte das öffentliche Interesse für die Nordpolforschung; die finanzielle Unterstützung, die Amundsen von ameri-

fianischer Seite versprochen war, wurde zurückgezogen, und auch das norwegische Parlament lehnte es ab, dem Forscher die fehlenden Summen zu gewähren. Für Amundsen verfielen alle Quellen, und wenn nichts geschehen wäre, wäre das Geld, das seine Freunde und Protektoren ihm bereits gegeben hatten, vergebend und verloren worden. Er war daher gezwungen, seinen unmöglich gewordenen ursprünglichen Plan zu ändern und etwas zu unternehmen, was bei der Offentlichkeit ein größeres Interesse erwecken muchte. Aus Matabra hat Nansen einen ausführlichen Brief von Amundsen erhalten, in dem der Freund diese Einfusslandung erklärt und zugleich darlegt, warum er keinen Entschluß gehei gehalten hat.

„Ich habe nie daran gedacht, meinen ursprünglichen Plan endgültig aufzugeben, aber mote ich nun die Mittel hernehmen? Wenn es mir nicht gelang, irgend etwas Außerordentliches zu tun, das das Interesse der Offentlichkeit wieder erweckt, müßten meine Hoffnungen vernichtet werden. Es blieb nur das Problem des Besses, dessen Lösung allein das allgemeine Interesse erweckt: alle die Entdeckung des Südpols. Wenn es mir gelingen würde, das zu erreichen, würde ich sicher auch die nötigen Mittel für meine Nordpolarexpedition finden. Ich schmerzlich es auch ist, so muß ich doch bekennen, daß ich bereits im September 1909 diesen Plan einer Südpolarexpedition gehei habe. Ich würde mir alles können, aber immer wieder schwieg ich in der Befahrung, es könnte nicht gehen, mich von meinem Vorhaben abzurufen. Ich hätte auch gern Scott von meinem Plan verstanden, damit er in mir nicht einen ungeredeten Nebenbuhler erblickt und denken könnte, die Verheimlichung des Planes sei in der Absicht geschehen, mir einen Vorsprung vor ihm zu sichern. Aber ich wagte die Bekanntgabe nicht, immer in der Befahrung, daß man mich an der Ausführung des Planes verhindern könne. Ich geteile dir offen, daß ich auf diese Extrareise bereitwillig verzichtet hätte, wenn es mir möglich gewesen wäre, die für meine Nordpolarexpedition nötigen 150 000 Kronen aufzutreiben. Aber wie gesagt, das erlief ich nicht als ausichtslos, so lange ich nicht durch die Ausführung meines jetzigen Planes bessere Hoffnungen möglich gemacht hätte. Nansen fuhert sich die Mundchen bei der Lage der Dinge mit der Verheimlichung seines Vorhabens wohl recht gehabt habe.

C. K.-I.

Deutsches Reich.

Die Meißner

— soweit die bis jetzt vorliegenden Berichte erkennen lassen — allenthalben ruhig verlaufen. In Berlin durch die sozialdemokratische Partei die Feier des 1. Mai durch eine Reihe von politischen Versammlungen und festlichen Veranstaltungen. Vormittags fanden hiesig öffentliche Versammlungen statt, davon 35 in Berlin selbst, 21 in den Vororten und 14 in der weiteren Umgebung. Die Tagesordnung für alle Versammlungen lautete: „Die Bedeutung des 1. Mai“; als Redner fungierten sozialdemokratische Reichstags- und Landtagsabgeordnete, Stadtratsmitglieder und Gewerkschaftsführer. Die Versammlungen verliefen sämtlich ruhig. Die etwas geringere Beteiligung an der diesmaligen Meißner ist zweifellos auf die angebotenen umfangreichen Ausparierungen der Arbeiterverberebene zurückzuführen. So hatten die Metallindustrie-Verbandsbekanntgeben lassen, daß alle hiesigen Arbeiter sofort entlassen werden würden, die nicht zur Arbeit erschienen oder die Arbeitsstelle ohne triftigen Grund frühzeitig verlassen. Der Verband der Baugeschäfte Berlins und der Bezirke wird alle Meißnerabend auf drei Tage ausparieren. Die Meißner in Dresden verlief in dem gewohnten Rahmen unter äußerst starker Beteiligung. Etwa 40 000 bis 50 000 Personen nahmen an der Feier teil. Am dreimittag wurden in allen Stadtteilen Versammlungen abgehalten, während sich nachmittags um 2 Uhr die Arbeiterschaft zu einem Massenzuge durch die Stadt vereinigte. — Die Meißner der Sozialdemokraten in München fand unter freiem Himmel bei zeitweiliger Regen statt. Zweifler hatten erwartet, daß sich in diesem Jahre an einem Wochentage der Besuch verringern würde. Es war wie voriges Jahr eine Massendemonstration, an der sich mindestens 35 000 bis 40 000 Personen beteiligten. — In Kassel ging die Meißner unter sehr großer Beteiligung der Kasserer Arbeiterschaft vor sich. Das Baugeschäfte und sämtliche hiesigen Branchen müßten ganz feiern, da alle Arbeiter zur Meißner erschienen.

Zum Ableben des Fürsten Georg von Schaumburg- Lippe schreibt die „Norddeutsche Allg. Ztg.“:

„Die aus der fürstlichen Residenz Bielefeld unerwartet eingetroffene Nachricht von dem Ableben des Fürsten Georg verlegt unter Kaiserhaus in Trauer und erweckt in ganz Deutschland warme Teilnahme. Im schauburgischen Lande herrscht tiefes Betrübnis um den Inhabersherrn, in dessen großer Beliebtheit noch vor wenigen Jahren die Beteiligung der Bevölkerung an der Silberhochzeit des fürstlichen Paares allgemein sichtbares Zeugnis ablegte. Der nun hingeredene Fürst, der 1870/71 beim Siege des 7. Armeekorps ins Feld rückte, wichtigen Entscheidungen des Krieges beehrte und mit dem Eifernden Kreuz erster Klasse heimkehrte, hat seine bundestreue Gesinnung stets bewährt. Das Andenken des edelstehenden und gütigen Fürsten wird in Ehren bleiben.“

Der Reichsanzeiger widmet dem Dahingefahrenen folgenden Nachruf:
Seine Hochwürdigste Durchlaucht Fürst Georg von Schaumburg-Lippe ist vorerstorben im 65. Lebensjahre nach achtzehnjähriger glücklicher Regierung aus dem Leben geschieden. Mit dem Fürstlichen Hause, das seiner Majestät dem Kaiser durch nahe Verwandtschaft verbunden ist, und die Bevölkerung des Fürstentums, das in dem Entschlafenen einen gütigen Landesherren von treuer deutscher Gesinnung betrauert, vereinen sich die deutschen Fürsten und das deutsche Volk in herzlichster Teilnahme.

Kunft des „Titi“ in Kanton.

Das deutsche Kanonenboot „Titi“ ist in Kanton eingetroffen. Der Kampf in der Chinesenstadt dauert fort. Aus der Provinz laufen Nachrichten über Angriffe der Revolutionäre ein. Der Bizekönig hat Hilfstruppen aus Siamot requiriert. Bisler hat die Regierung die Oberhand behält.

Der New York Herald meldet unterm 30. April aus Kanton: Die Tore der Stadt sind noch immer geschlossen, die telegraphischen und telephonischen Verbindungen mit der Umgebung abgebrochen. Der Bizekönig hat sich ins Admiralgartengebäude geflüchtet, wo er von den Aufständischen belagert wird. Doch wurden viele mehrfach zurückgeschlagen. Mehrere Führer der Rebellen wurden gefangen genommen. Gerüchte verlauten, ein Brigadegeneral sei gefallen. Die Straßen sind von einer ausgehenden Menschenmenge erfüllt. Es wurde den Leuten befohlen, sich in ihre Wohnungen zurückzuziehen. Alle Zusammenkünfte wurden verboten. Zahlreiche Häuser gingen in Flammen auf. Die Truppen können bei den Vorkämpfen nicht mitwirken, da sie nicht damit beschäftigt sind, die öffentliche Ruhe aufrecht zu erhalten und die Straßen abzuräumen; sie können nur Veränderungen verhindern. Das Kleinrentier zieht sich ununterbrochen in den Stadtteilen hin, und die Rebellen werden von Straße zu Straße verfolgt. Die Niederlage des Aufstandes ist unerlässlich, und jeder Rebell, der mit den Waffen in der Hand ergriffen wird, wird augenblicklich enthauptet.

Wemar, 30. April. Der Verband Thüringischer Industrieller sprach sich in der gestrigen Hauptversammlung einmütig für den Gesetzentwurf der Regierung zur Pensionierung der Angehörigen aus. Die Haltung des Deutschen Handeltreibers, der für den Ausbau der Invalidentversicherung eintritt, wurde scharf mißbilligt.

Parlamentarisches.

Berlin, 2. Mai. Die Abgeordnetenhaus-Kommission für das Fortbildungsgesetz begann gestern ihre Beratungen und eröffnete zunächst die Frage der Einführung des Religionsunterrichts in den Fortbildungsschulen. Ein konservativer Redner wünschte, daß im § 1 des Gesetzes ein Absatz aufgenommen werde, der neben der staatsbürgerlichen auch die religiöse Erziehung anordnet. Die bisherigen Fortbildungsschulen hätten nur die staatsbürgerliche im Auge gehabt. Da jetzt auch ungelernete Arbeiter hinzukommen, werde der Zweck der Fortbildungsschulen ein allgemeiner und deshalb müßte auch die religiös-sittliche Erziehung mehr in den Vordergrund treten. Er empfahl, 20 bis 30 Minuten wöchentlich dafür zu verwenden. Fast alle seine Freunde stünden auf demselben Standpunkt. Ein fortschrittlicher Redner wünschte auch eine andere Formulierung des § 1, sprach sich aber sehr entschieden gegen die Aufnahme des Religionsunterrichts aus, und zwar nicht nur im Interesse der Jugend, sondern auch im Interesse der Religion selbst. Der Zweck der Fortbildungsschulen werde durch das vorliegende Gesetz nicht geändert. Angelernte Arbeiter seien in vielen Städten schon jetzt dem Fortbildungsschulwesen unterworfen. Der Religionsunterricht sei auch praktisch undurchführbar, weil er eine solche Verwirrung in die Klassen hineinbringen würde, daß dadurch die religiöse Erziehung vollständig in die Brüche ginge. Es seien auch nicht hinlänglich Gelehrte vorhanden, die den Unterricht geben könnten. Ein national-liberaler Redner stellte sich im wesentlichen auf denselben Standpunkt. Ein Zentrumsgesandneter hält den Religionsunterricht für absolut notwendig. Er solle politisch erstellt werden, kein Kampfmittel gegen die Sozialdemokratie sein. Die Schwierigkeiten würden sich überwinden lassen. Rottenfalls müßten, wie das in London schon geschehen sei, besondere Gelehrte dafür angestellt werden.

Not- und Personalnachrichten.

* Aus Ketzin wird uns telegraphisch: Am Montag vormittag begaben sich das Kaiserpaar und die Prinzessin Viktoria Luise nach Barchinoggen, von der griechischen Königsfamilie an Bord der „Sohsenpollen“, die mit den Begleitlichen um 4 Uhr nach Genoa in See ging.
* Der Kaiser hat den Provinzialschulrat Dr. Theodor Engwer zum Geheimen Regierungsrat und vortragenden Rat im Ministerium der geistlichen und Unterrichtsangelegenheiten und den Direktor im Kaiserlichen Patentamt, Geheimen Regierungsrat Dr. Danne in Berlin und den Regierungsrat Dr. Frenkel in Merseburg zu Oberverwaltungsgerichtsräten, den Provinzialschulrätin Professor Dr. Bernhard Döber Weg in Magdeburg und Dr. Oskar Voegel in Breslau den Charakter als „Geheimen Regierungsrat“ verliehen.
* Vom Urlaub zurückgekehrt sind, laut Bericht der „Nordb. Allg. Ztg.“, der Staats- und Justizminister Dr. Seifert, der Staatsminister und Minister der öffentlichen Arbeiten von S. v. Reitzenbach aus Wiesbaden, der Staatssekretär des Reichsjustizrats Dr. Risco und der Staatssekretär des Reichspostamts Kraetzle.
* Der bisherige vortragende Rat im Auswärtigen Amt, Wiffl. Legationstakt Dr. jur. Freißner von Giesinger ist zum außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister am kaiserlichen Hofe ernannt worden.

Ausland.

Ein bischöfliches Hundschreiben.

* Aus Innsbruck wird gemeldet:
Die drei Tiroler Landesbischöfe Kardinal Ratzisfaler, Bischof Andri und Bischof Altenwieser veröffentlichten ein auffaehrendes Hundschreiben an den Klerus, in dem sie anlässlich der bevorstehenden Reichstagswahlen mit Rücksicht auf den Zwist zwischen den beiden katholischen Parteien

Tirols verschiedene Weisungen erlassen. Die Bischöfe schränken die politische Agitationsfähigkeit der Geistlichen wesentlich ein; sie verbieten, daß bei Versammlungen Priester gegen Priester auftreten und sich gegenseitig bekämpfen. Weiter wird den Geistlichen unterlag, gewisse, das religiöse Gebiet berührende Fragen in Wählerversammlungen aufzuwerfen und zu diskutieren.

Der anglo-amerikanische Schiedsgerichtsvertrag.

□ Aus London wird gemeldet:

Auf einer großen, von zahlreichen hervorragenden Persönlichkeiten besuchten Versammlung in der Guildhall wurde eine Resolution zu Gunsten eines Schiedsgerichtsvertrages zwischen England und Amerika angenommen.

Premierminister Asquith erklärte, die beiden großen anglo-amerikanischen Demokratien seien dahin gelangt, den Krieg gegeneinander als ein unglückliches Verbrechen anzusehen. Das Abkommen zwischen ihnen, das den Krieg als Mittel zur Lösung von Schwierigkeiten abschaffe, werde einen bemerkenswerten Sieg der Vernunft bedeuten. Das Abkommen verleihe keine mehrerhebenden politischen Zwecke und bedeute keine Bedrohung irgend eines Teiles des Menschengefühls und sein Bündnis für die Beteiligte über den Angriff. Er hoffe, daß sich weitere Fortschritte aus dem Abkommen entwickeln würden, aber England könne für jetzt nicht von seiner weisen Vorsichtsliebe lassen zur Sicherung beider vor alle Weltteile ausgedehnten Belpies. — Balfour führte aus, er könne die vertretene Ansicht einiger nicht teilen, daß es leicht sei, Versammlungen abzuhalten und für die Sache des Friedens Gesandtschaften zu entsenden, daß aber in Zeiten der Not und der internationalen Spannung alle papierenen Schranken weggeräumt werden müßten. Es sei allerdings richtig, internationale Gesandtschaften zu entsenden, die der öffentlichen Meinung zu weit vorausseilen, aber er glaube, die große Masse aller Klaffen in England und Amerika sei für die Schiedsgerichts- und es behalte daher seine Gesandtschaft, daß im Augenblicke der Not sich eine von den beiden Parteien von dem Schiedsgerichtsprinzip loslösen werde.

Verkehrsmessungen in Paris.

Paris, 1. Mai. Der Minister der öffentlichen Arbeiten ist mit der Ausarbeitung eines Projektes beschäftigt, die verschiedenen Pariser Bahnhöfe mit dem Hauptpostamt durch eine Art Tunnel zu verbinden, ähnlich der Rohrpost, die bereits die verschiedenen Postämter untereinander verbindet. Durch diese Tunnel soll es ermöglicht werden, die Eisenbahnposten mit erheblicher Beschleunigung nach der Zentralstelle zu bringen. Die jetzt üblichen Automobilstellen, deren zu schnelles Fahren bisher schon kritisiert wurde, würden durch diese Neuerrichtung in Wegfall kommen. Weiter würde durch die Neuerrichtung auch ein schnelleres Leeren der Briefkästen ermöglicht werden.

Kongresse und Verbandstage.

Betriebskrankenkassen und Reichs-Versicherungsordnung.

Berlin, 29. April. Der Verband zur Wahrung der Interessen der deutscher Betriebskrankenkassen tagte heute unter dem Vorsitz von Justizrat Wandel (Essen) im Savoy-Hotel. Hauptpunkt der Tagesordnung bildete die Stellung des Verbandes zur Reichsversicherungsordnung nach den Beschlüssen der Reichstagskommission. Die Stellung wurde in einer Entschließung festgelegt, der wir folgendes entnehmen:

Es wird mit aller Entschiedenheit gefordert, daß die Betriebskrankenkassen wie bisher eine gleichberechtigte Organisationsform der Krankenversicherung bleiben, und daß die für sie geltende Mindestzahl der Versicherten von 50 nicht erhöht wird. Volkswomen annehmbar ist die Festsetzung, daß Betriebskrankenkassen nur zugelassen werden sollen, solange sie die allgemeinen Orts- und Landeskrankenkassen nicht gefährden. Die Geschäftsbestimmungen werden eine Quelle häufiger Unzufriedenheit und Agitation bilden, da dann die Betriebskrankenkassen trotz der Zulassung jederzeit der Auflösung unterfallen können. Wenn auch das Versicherungsamt der Form nach eingeschränkt worden ist, so sind doch die gegen die Einrichtung erhobenen Bedenken keineswegs ausgeräumt. Die Frage ist ungeklärt geblieben. Trotz der anerkannt schlimmen Lage, in der sich die Krankenkassen den Versicherten gegenüber befinden, ist es unerläßlich worden, dem Koalitionszwang des Versichererbandes, der unzulässigen Ausnutzung der Ständesorganisation und der Ehrengleichheit in wirtschaftlichen Dingen durch gesetzliche Vorschriften entgegenzutreten. Bei der vorgesehenen Regelung des Verhältnisses zwischen Krankenkassen und Apothekern ist es ausgeschlossen, günstigerer Lieferungsbedingungen zu erzielen, als die Beschlässe als Mindestmaß vorzusehen, zumal die Apotheker ihre Monopolstellung durch Koalitionsverträge noch besonders gesichert haben. Auch eine Reihe Einzelbestimmungen wird die größten Bedenken hervor. Ingesamt bietet die Reichsversicherungsordnung zwar manche Fortschritte in der letzten Fassung. Demgegenüber legt sie aber den Erwerbstätigen, insbesondere der Industrie, neue große Lasten auf, enthält vielerlei Widersprüche und Ermäßigungen und in dem Versicherungsamt höchst bedenkliche Entwicklungsmöglichkeiten. Obendrein werden die Betriebskrankenkassen stark gefährdet und in eine für alle Zukunft unsichere Lage gebracht. Sollte nicht eine Verringerung erzielt werden, welche den ungeschmähten Fortbestand der Betriebskrankenkassen sichert, so ist die gesamte Neuorganisation der Reichsversicherungsordnung im Verband unannehmbar. Die letzten Fortschritte, welche die Reichsversicherungsordnung vorweist, lassen sich ohne besondere Schwierigkeiten in Form von Novellen den geltenden Reichsversicherungsgeetzen anfügen.

Sachsensbund. Die sächsische Landeskonferenz des Sachsensbundes hielt vor einigen Tagen unter dem Vorsitz des Herrn Rechtsanwält Dr. Senfenth in Leipzig eine Sitzung ab, in welcher zunächst über die bisherige Tätigkeit der Landeskonferenz durch den geschäftsführenden Vorsitzenden, Herrn Dr. J. v. W. v. A., Bericht erstattet wurde. Die Maßnahmen, der jenseitig im Auftrage der Konferenz namentlich in bezug zur Frage der Fleischsteuerung getroffen hat, fanden die Zustimmung der Konferenz. Weiter fand eine Aussprache statt über die Veranstaltung des ersten Hanjattages, der für den 12. Juni d. J. in Berlin geplant ist. Die Anwesenden billigten einstimmig diesen Beschluß des Direktoriums und konnten mittels, daß in Sachsen das Interesse für diese Tagung jedenfalls ein sehr reges sein wird.

Halle und Umgebung.

Salle a. S., 2. Mai.

Stadtverordneten-Sitzung.

Salle a. S., 1. Mai.

Am Vorabend: die Herren Geh. Kommerzienrat Steiner, Justizrat Föhning, Baumeister Eggas und Kaufmann Probst. Die Verhandlungen leitet Herr Föhning. Herr Föhning begrüßt zunächst Herrn Steiner. Er wird namens des Kollegiums der Freude Ausdruck, Herr Steiner noch länger krankheit nimmere wieder auf seinen Posten zurückkehren zu sehen. Herr Steiner dankt für das Vertrauen, das ihm in dem herzlichsten Willkommensausdrucke und bittet Herrn Föhning, für die gegenwärtige Sitzung noch den Vorsitz zu führen.

Der Herr Vorsteher Föhning widmet Johann dem jüngst verstorbenen Ehrenbürger Ludwig Herzfeld, der der Stadt so lange Jahre trog der Bürde, die ihm sein Beruf auferlegte, mit großer Innigkeit unheimlich gedient habe, zumal als Vorsteher des Bau- und Finanzamtes. Des weiteren gedachte der Herr Vorsteher mit erhabenen Worten des beimgegangenen Leiters unserer Polizei-Organisation, Oberpostinspektors Wegdeman. In ihm verliere die Stadt einen ausgezeichneten Beamten von großer Pflichttreue. Mit Ehren habe er auf seinem exponierten Posten sein schweres Amt verwaltet, so daß er reiche Anerkennung verdiente. Der Herr Vorsteher erbat sich die Genehmigung, der Familie namens des Kollegiums Beileid auszudrücken. Die Genehmigung wurde widerstandslos erteilt. Und sodann gab der Herr Vorsteher Kenntnis von dem Ausschusse des Herrn Stadtrats Weller aus sächsischen Diensten. Herr Weller habe in unheimlich großer Weise sich dem Wohl der Stadt gemehrt und dank seines unheimlich großen Vermögens für die Bürgerlichkeit, insbesondere das Stadtverordnetenkollegium, werden seiner Tätigkeit stets mit besonderer Hochachtung gedenken.

Danach trat man in die Tagesordnung ein. Der erste Punkt betraf die Annahme einer

Schenkung für eine Gemälde-Galerie.

Ein hiesiger Bürger, der nicht genannt werden will, übergab Herrn Oberbürgermeister 20000 Mark als Zusageung an die Stadtgemeinde Halle a. S. zur Förderung der Zwecke der sächsischen Museen, insbesondere zur Errichtung eines Gemäldegaleriegebäudes. Der Geber erklärt sich auch bereit, den Stempelbetrag zu erlassen.

Der Herr Vorsteher beantragt die Annahme der Schenkung, indem er zugleich dem Spender namens der Stadt öffentlichen Dank ausdrückt.

Herr Oberbürgermeister Dr. Rive gab dazu bekannt, daß neuerdings abermals ein Gönner, der seinen Namen nicht genannt haben will, 10000 Mark für den gleichen Zweck geschenkt habe. (Brauo!) Es ließen durch diese neueste Zusageung bisher 170000 Mark zur Errichtung einer Gemäldegalerie zur Verfügung.

Auch diesem Spender wird öffentlicher Dank votiert. Punkt 2 handelt von der

Verlegung des Schulgartens.

Wie die Herren Stvo. Reichardt und Faustsch ausführen, ist infolge notwendiger Vergrößerung des Sächsischen Hofes durch die Aufnahme des Schulgartens hinter der Schule an der Hutenstraße die Verlegung dieses Gartens erforderlich. Für den neuen Schulgarten ist das sächsische Gelände der Schrebergärten am Galgenberg neben der Stadtkircherei in Aussicht genommen. Es wird beabsichtigt, die im alten Schulgarten vorhandene Baracke bei der Neuanlage wieder mit zu verwenden. Außerdem sind Neuanlagen geplant. Nach den vorgelegten drei Rollenanschlägen betragen die Gesamtkosten 273000 Mark, welche sich wie folgt zusammenfassen: Anschlag I: bauliche Anlagen 123000 Mark, Anschlag II: gärtnerische Anlagen 110000 Mark, Anschlag III: Wasserleitung 40000 Mark.

Die Vorlage wird debattelos genehmigt.

3. Der jetzt am Hallmarkt auf sächsischen Gelände befindliche

Arbeitsplatz des Vereins für Volkswohl

maß, weil ein Teil des Landes als Baustelle verkauft worden ist und der Rest zur Erweiterung des Schulhofes verwendet werden soll, verlegt werden. Der Magistrat hat dem Verein einen anderen Arbeitsplatz auf dem sächsischen Gelände beim Tietzplatz an der Dessauerstraße zugewiesen. Mit dem Arbeitsplatz für den Verein für Volkswohl soll die gemäß Gesetz vom 29. Juni 1907 zu errichtende Wanderarbeitsstätte verbunden werden. Nach den Anschlägen betragen die Kosten für die baulichen Anlagen a) für den Verein für Volkswohl 80000 Mark, b) für die Wanderarbeitsstätte 105000 Mark. Die Kosten zu sollen dem Substanzbesitzer entnommen werden. Der Verein für Volkswohl hat sich verpflichtet, der Stadtgemeinde die Aufwendungen mit 4 Proz. zu verzinsen und mit 2 Proz. zu amortisieren. Die Kosten zu b sollen bei der sächsischen Sparkasse angeleihen und die jährlichen Zins- und Tilgungsbeträge von der Provinzialverwaltung in Gemäßheit des Wanderarbeitsstättengesetzes vom 29. Juni 1907 zu % erstattet werden. Die Veranlagung stimmt zu. (Herrn Stvo. Reichardt und Faustsch.)

4. Wie die Herren Stvo. Reichardt und Colberg ausführen ist die Schaffung eines

Kinderspielfeldes im Süden

unserer Stadt, und zwar in möglichst Nähe der Wohnbau, eine dringende Notwendigkeit. Eine Lösung dieser Frage hat der Magistrat in dem Ankauf des wüsten Liebenauer- und Sildstraße gelegenen Hospitalackers und in einer entsprechenden Veränderung der Grundstücke für ein Kinderspielplatz gefunden. Nach dem sächsischen Liebenauer- und Sildstraße gelegenem Gelände soll die verläugerte Gasse, ein Beschlusstraße über diesen Acker geführt werden. Die Wohnbau wird überhaupt die Sanierung des letzteren in dieser Weise würde aber eine wenig glückliche sein, weil die Grundstücksfläche bis zu 55 Meter betragen. Es ist daher ein neuer Grundstücksplan ausgearbeitet worden, wonach die Grundstücke sowie nach dem Grenzen des Ackers zu veräußern werden, daß die Baustellen normale Maße erhalten und in der Mitte ein ovaler Platz entsteht, welcher der Jugend gemindert sein soll.

Der Hospitalackerstand ist bereit, der Stadtgemeinde den rund 24075 qm großen Acker zum Preise von 9 Mark pro qm zu verkaufen. Dieser Preis erscheint angemessen, insbesondere, wenn man in Betracht zieht, daß für den viel unglücklicher gestalteten Acker, der vor kurzer Zeit zur Vergrößerung des Siedensbundes grundstück erworben wurde, ein Kaufpreis von 8 Mark pro qm bezahlt worden ist. In Uebereinstimmung mit der Stadtbauplanung erlaubt der Magistrat die Stadtverordnetenversammlung, daß in Uebereinstimmung der entgegenstehenden früheren Beschlässe mit der planmäßigen Verlegung des Ackers sowie der in den vor-

gelegten Plänen rot eingetragenen Funktionen und Söfengängen einzuzeichnen zu erklären, dem Erwerber zum Preise von 0 Mk. pro qm zuzustimmen und die erforderlichen Mittel aus dem Substitutionsverfahre zu beschaffen.

Das Projekt wird genehmigt.
Punkt 5 betrifft das projektierte

Café im Roten Turm.

Es liegt folgender Magistratsantrag vor:
Durch frühere Gemeindefassungen sind die Instandsetzungs- und Umänderungsarbeiten im Anbau des Roten Turmes genehmigt worden. Gleichwohl hat die Stadtverordnetenversammlung vorgeschlagen, die jetzt an der Südseite befindliche öffentliche Bedürfnisanstalt nach der Westseite zu verlegen. Die Ausführung letzterer Arbeiten bedingt eine Mehrausgabe von 2500 Mk. Die Räume im Obergeschloß an der West- und Südseite sollten unserem Antrage gemäß zu einer Kaffee- und Süßspeisestube mit anschließenden Wohnräumen eingerichtet werden. Mehrfache Verhandlungen über die anderweitige Einrichtung der Räume des Anbaues haben die Zweckmäßigkeit der Anlage eines Kaffee-Restaurants im Obergeschloß an der Ost- und Südseite unter Hinannahme der an der Südwestseite gelegenen Räume im Erdgeschloß ergeben. Der Magistrat beantragt demgemäß: a) die Einrichtung und Ausattung für den Restaurationsbetrieb vorgesehenen Räume zu genehmigen, b) die entstehenden Mehrkosten für Verlegung der öffentlichen Bedürfnisanstalt, Einrichtung der Restaurationsräume und die Kosten der Bewehrung zu sämtlichen Arbeiten mit zusammen 20000 Mk. aus Kapitel XX 11 des Haushaltungsplanes 1911 zu bewilligen.

Herr Stv. Reichardt beantragt namens des Bauausschusses Ablehnung des Projekts.

Herr Stv. Colberg empfiehlt als Vertreter des Finanzausschusses die Annahme der Vorlage.

Herr Stv. Höpfele führt aus, daß er den Standpunkt des Bauausschusses nicht teilt, obwohl er Mitglied des Ausschusses ist. Der Magistrat tut Recht, doch er sich bemüht, unseren Eiat auf der Grundlage von 172 Proz. Steuerzuschlag zu balancieren. Das kann er auf die Dauer aber nur, indem er neue Einnahmequellen schafft. Und dazu bietet der Umbau des Roten Turmes gute Gelegenheiten. Ein Café dort wird recht gut Paßt bringen; jedenfalls weit mehr als Läden. Ich werde für das Projekt stimmen.

Herr Stv. Emmer: Wir haben, als wir letztendlich die Vorlage des Umbaus genehmigten, sicher nicht im Sinne gehabt, in den Roten Turm ein Café zu legen. Meines Erachtens besteht auch jetzt dazu kein Anlaß. Die Interessenten im Gastwirts-gewerbe weihen sich mit Recht gegen dieses neue Konkurrenzunternehmen. Die Sache wird sich übrigens gar nicht so rentieren. Zunächst haben wir natürlich im Zukunft; dann aber flauts ab und wir werden höchstens Einnahmen aus Läden. Die Stadt hat aber auch die Pflicht, ihre steuerzahlenden Bürger aus dem Gastwirts-gewerbe zu schützen. Was hätte denn sonst die Bedürfnisfrage für einen Sinn? Im Umkreis von 250 Metern sind 57 Gastwirts-schaften. Das muß doch wohl genügen, oder die Bedürfnisfrage wird zum Hohn. Ueber die Konzeption entscheidet ja nicht die Stadt, da es sich um ein lästliches Gebäude handelt, sondern eine Jury, die der Regierungspräsident erst bestimmt. Eine objektive Prüfung der Frage muß zu einem Nein führen.

Herr Stv. Döhler: Im Finanzantrag waren 4 Mitglieder für das Café, ich allein dagegen. Ich halte es nicht für recht, wenn die Stadt fortfährt, einzelnen Gewerben Konkurrenz zu schaffen. Die Stadt soll es unterlassen, gerade die Gastwirte, die mit Steuern mehr befaßt sind als irgend ein anderer Stand, durch solche Neugründungen zu schädigen. Nachdem die Schanzener ein-geführt ist und damit die Bedürfnisfrage, kann die Stadt nicht dort ein neues Café einrichten wollen. Der Magistrat muß doch auch für sich die Bedürfnisfrage als bindend ansehen. Der Ratse-kellner würde sicherlich geltend machen, daß ihm keine Einnahmen durch das neue lästliche Café reduziert werden, und würde Forderungen nach Abfertigung stellen. Die Vorlage muß schon aus Willkürgründen abgelehnt werden.

Herr Bürgermeister W. Solig: Die Anregung, dort ein Café zu errichten, stammt aus der Mitte der Bevölkerung. Wir mußten der Anregung nachgeben und haben sie für gut befunden. Wir haben die Überzeugung gewonnen, daß die Stadt eine höhere Einnahme erhält, wenn sie im Roten Turm im oberen Stock ein Café einrichtet als wenn sie die Räume als Lagerräume vermietet. In anderen Städten hat man solche benutzten Plätze, von wo aus man den lebhaftesten Verkehr übersehen kann, gern benutzt, um lästliche Cafés einzurichten. Die Sache hat da sowohl den Beifall der Einzelkneipen wie der Fremden gefunden. Die Bedürfnisfrage kann ja für den Beschluß selbst gar keine Rolle spielen. Darüber entscheidet eine objektive Behörde. Bei jeder Gelegenheit möchte ich als Vorsitzender des Stadtausschusses noch eine allgemeine Bemerkung machen: Herr Emmer gibt der Bedürfnisfrage eine viel zu mechanische Auslegung. Es wäre verfehlt, wollte man einen Kreis ziehen und sagen: Bei 10 und sozial Wirtschaften liegt nun keine Bedürfnisfrage mehr vor. Das wäre geflisslos und würde den Zweck der Bedürfnisfrage verletzen. An einem Ort, der ein öffentliches Plaz ist, können ruhig eine größere Anzahl Wirtschaften bestanden liegen. Auf den Verkehr und seine Ausdehnung kommt es an. Auch auf die Art der Ausdehnung. Der Markt läßt sich nicht vergleichen mit irgend einer beliebigen Stadtgegend. In unserem Falle können wir die Entscheidung über die Bedürfnisfrage getrost dem Kreisaußschuß, dem ja wohl der Regierungspräsident die Prüfung anvertrauen wird, überlassen.

Herr Stv. Krenner: Die Sache hat ziemlich Ansehen gemacht, namentlich auch in den Kreisen des hiesigen Handwerks. Von allen Seiten ist betont: ein Bedürfnis besteht nicht. Der Gastwirtsstand selbst zeigt schwere Not; warum die Verhältnisse noch erschweren? Das kann nicht unsere Aufgabe sein.

anherzöhenlich schönen Marktplatz zu besitzen: ein Städtebild, wie es sehr selten ist, im Mittelpunkt der Rote Turm mit seinen Arkaden. Wie hübsch muß das sein, von jener Stelle her, wo das Café eingerichtet werden soll, die Schönheit des Marktplatzes zu genießen. Die Fremden werden das Plätzchen gern aufsuchen, und uns wird es die Freude an unserem herrlichen Marktplatz und an unserer Stadt erhöhen. Wenn man auf die Konkurrenz, die den Gastwirten vermeintlich wird, Rücksicht nehmen wollte, ja dann müßten wir ja auch nicht leiden, daß dort z. B. ein Galanteriewarengeschäft eingerichtet wird; das macht doch den betreffenden Gemeindefreunden auch Konkurrenz. Was solchen Geschäftspunkten darf man nicht verweigern; solche Konkurrenzverhältnisse dürfen keinen Einfluß auf die Entscheidung der lästlichen Behörden haben.

Herr Stv. Thiele: Der Herr Oberbürgermeister hat Recht mit seinen Darlegungen. Die Interessen der Gastwirte dürfen für uns hier nicht in Betracht kommen. Wenn 57 Gastwirtschaften schon im engen Umkreis bestehen, dann ist das 58. auch nichts. Das Café wird übrigens keinen Gewinn bringen. Wer wird denn dort hingehen? Der Fremde, der unser Marktplatz genießen will. Daß nur 8 Tische Aufstellung erhalten, geniert mich auch nicht; vielleicht werden noch ein paar mehr. Der Punkt ist eigenartig reissend. Das Café wird starken Fremdenzugpruch haben. Ich bin für die Vorlage, die den Interessen unserer Stadt entspricht.

Herr Stv. v. Blume: Die Gemeindefreunden sind nicht immer identisch mit den fiskalischen Interessen. Das war z. B. eine Ermüdung, die uns veranlaßt, die lästliche Buchhandlung abzulehnen. Für mich ist bei jeder Vorlage entscheidend, ob der Ort, der das Café aufnehmen soll, sich dafür eignet. Der Raum scheint mir zu bestränkt. Der Rote Turm ist der Hauptteil unseres Marktplatzes; darum wird das Bild, das sich von dem Café aus dem Besucher ergibt, nur recht unvollkommen sein. Zu dem wiederholt er, in das alte, würdige Bauwerk ein modernes Restaurant zu legen.

Herr Stv. Probst: Für mich als Vorsitzenden des Finanzausschusses standen die finanziellen Interessen voran. Und da lag es mir: das Unternehmen wird eine gute Einnahmequelle. Die Fremden wird das Café große Zugkraft ausüben. Selbstverständlich ist die Rentabilität vom Werte abhängig. Das sehen wir im Katteler, der früher oft öde delag und jetzt so strammen Verkehr hat.

Herr Oberbürgermeister Dr. Rie: Die Behauptung, die Herr v. Blume hat, sind höchst gefährlich. Ich widerspreche, in das alte würdige Bauwerk ein modernes Café zu legen. Aber was haben wir bisher dort gehabt, einen Laden mit allen Neben, eine Buchhandlung, ein Kaffeehaus, ein Situationsgeschäft und eine Besatzungsanstalt; das kann ich nicht denken, daß ein solches Restaurant hien hier käme. Auch wenn man vom Roten Turm aus hundertfach, bleibt das Marktplatz würdevoll. Der Marktplatz ist ein mehrheitlich Verkehrsanlage. Ueberall mag es einen geschlossenen Verkehr. Aus verschiedenen Richtungen führen ihm Straßen den Verkehr zu, der sich hier dann auf und fließt wieder in der gleichen Weise ab. Das ist ein überaus angenehmes Bild, das man nirgends so schön genießen kann wie von jener Stelle aus, wo das Café hinfommen soll. Andere Städte haben in ihre Rathausplätze Kaffeehäuser gelegt; bei uns fehlt dem alten Rathaus solch ein Element. Wir haben den Katteler in einem neuen Gebäude, und zwar in 1. Etod. Das läßt sich nicht wieder gut machen. Aber einen Ausgleich können wir uns schaffen, wenn wir jetzt in dem schönen Bauwerk ein eigenartiges, schönes Café einrichten.

Herr Stv. Emmer: Aus ist vorhin von einer Stiftung zur Errichtung einer Gemäldegalerie gesprochen. Wie wäre es denn, wenn wir die Gemäldegalerie in den Roten Turm legten? Der Herr Oberbürgermeister Dr. Rie: Das geht nicht. Die Räume sind nur 4 Meter hoch. Da gibt's eine Restriktion für die Bilder. Und mit Oberlicht kann man sich nicht helfen.

Herr Stv. Gnaas: Der Bauauschluß hat sich mit seinem ablehnenden Bescheid nicht als Vorwapp der Gastwirte gefühlt. Die Räume erscheinen uns nicht geeignet. Sehen Sie sich die Restriktionen an und auch die Fenster. Kann es da ein großartiges Café geben?

Herr Oberbürgermeister Dr. Rie: Es soll kein großartiges Café werden. Dazu stehen die Räume und das Bedürfnis. Das Café soll durch Baumgestaltung und durch seinen Ausblick eine Sehenswürdigkeit werden.

Herr Stv. Reichardt: Die Räume sind z. T. nur 3,20 Mt. hoch, eignen sich also gar nicht dazu.

Die Abstimmung ergibt die

Ablehnung

- mit allen gegen 12 Stimmen.
- Der Magistrat ist dem Beschlusse der Stadtverordneten hinsichtlich der Bildung einer Theaterdeputation nicht beigetreten. Er verlangt folgende Zusammensetzung: 3 Magistratsmitglieder, 3 Stadtvorstandsmitglieder. Die Stadtverordneten bestanden 2 Magistratsmitglieder und 5 Stadtvorstandsmitglieder (Herr Stv. Borges).
- Auf dem Grundstück Oppingerstraße Nr. 14 soll ein Neubau errichtet werden. Im Interesse der Bebauung des Grundstücks hat der Besitzer den Antrag gestellt, die Grundstücke derart zu ändern, daß der jetzt vorhandene späte Winkel wegfällt. Der Gemeindegemeinderat hat dem Beschlusse nicht entgegen.
- Die Bebauung stimmt zu. (Herr Stv. Reichardt).
- Der Beschlusse ausgesprochener Steinleger im Regierungskreis Merseburg, daß ihre Arbeitgeber den Schutz der Behörden genießen, wird die Erörterung verlagert, da die Eingabe nicht unterschrieben ist. (Herr Stv. Döhler).

Gesheimer Medizinalrat.

Dem ord. Professor der medizinischen Fakultät der hiesigen Universität und Direktor der Klinik und Poliklinik für Ohren, Nasen- und Kehlkopfkrankheiten Dr. Denker, ist der Charakter als „Gesheimer Medizinalrat“ verliehen.

Obstbauversammlung in Halle. Am Dienstag, 16. Mai, vormittags 9 1/2 Uhr, findet im Hauptverwaltungsgebäude der Landwirtschaftskammer die 15. Vertreter-Versammlung des Verbandes der Obst- und Gartenbauvereine im Bezirk der Landwirtschaftskammer für die Provinz Sachsen statt. Als Hauptvorträge stehen auf der Tagesordnung: Bedeutung und praktische Ausführung einer zielbewußten Pflanzengestaltung nach neuzeitlichen Grundsätzen für Gartenbau und Obstbau. Bericht über die Tätigkeit am Rgl. botanischen Garten und an der pflanzenphysiologischen Versuchsanstalt W. Weber, Dresden. Der Vorleser der Obst- und Gartenbauvereine, Bericht über: Welche Aufgaben hat die Förderung des Obst- und Gartenbaus bei der Landwirtschaftskammer bisher durchgeführt und wie können Vereine und Einzelgärtner die vorhandenen Einrichtungen ausnutzen? Am Nachmittag ist ein Ausflug nach Dörmig zur Besichtigung des Provinzialparkgartens in Aussicht genommen.

Vereins- und Versammlungsnachrichten.

Neuer holländischer Gastwirtsverein. In der letzten Monatsversammlung wurde eingehend über die Räumlichkeitsausstattung referiert, die viel Interessantes bot. Der vorerwähnte Verein hat den H. G. B. für die gewürzte Unterhaltung bei der Auslieferung durch Ueberlieferung eines Diploms ausgezeichnet, das in Erinnerung des 1. Vorsitzenden gegeben wurde. Es folgte ein Vortrag über die Hospitality und Sterbefälle deutscher Gastwirte (Sitz Darmstadt), der beifällig aufgenommen wurde. Herr Schöndorf sprach über Selterprudel und Koffeinfrage. Die Aufnahme des Selterprudels — ein natürliches Mineralwasser — wurde bekräftigt. Betreffs der Gründung einer Einkaufsgenossenschaft nahm man eine abwartende Stellung ein. Es soll sich weiteres Material gesammelt und Auskunft von anderen Vereinen über ihre Erfahrungen eingeholt werden. Dem Kollegen Bord ist aus Anlaß des 25jährigen Berufsjubiläums ein Diplom gestiftet worden, auch dem Kollegen Ströb wurde eine Anerkennung für treue Mitgliedschaft erteilt. Am 10. Mai soll ein Vereinsausflug nach der Heide (Nähe des Erlangshagens) stattfinden. Treffpunkt 1/2 9 Uhr Heideberg Bahnhof. Die nächste Versammlung ist am Montag, den 29. Mai, beim Kollegen Giesmann in Trotha.

Der Vorstand des Vereins für Böhmische Interessen sollte in seiner Sitzung einen Beschluß, der weitere Kreise interessieren dürfte. Der Verein gibt einen sehr übersichtlichen Jahrbuch der Straße Halle 5 in die Form eines kleinen Buches heraus, welcher an verschiedenen Stellen — in u. a. von den Böhmern Wirten gratis abgegeben wird. In der Sitzung wurde auch die Verlegung der Verkehrsverhältnisse auf der S. 5. Straße anlässlich anvertraut und dem Wunsch Ausdruck gegeben, daß besonders die Bäume ab Halle 3 Uhr nachm. 11.45 abends und ab Heide 3.20 nachm. dauernd verkehren möchten. Am 5. Mai veranstaltet der Verein einen Vortragabend im „Heideberg“ zu Böhm; Herr Pastor em. Hügel wird über „Philosophie der Mode“ sprechen.

Der Verein Erholungsheim erwerbender Frauen und Mädchen (E. B.) hielt am Sonnabend mittig im Erholungsheim, Weidenplan 20, seine Generalfammlung ab. Aus dem Jahresbericht ist zu entnehmen, daß an den Schneiderarbeiten 800 Personen teilnahmen, daß ein recht hübscher Mangel an guten Nähmaschinen vorhanden ist und daß die jetzt noch in Gebrauch stehenden die Reparatur nicht mehr wert sind. Auf kürzere oder längere Zeit nahmen 375 Personen im Erholungsheim Aufenthalt. Insgesamt verkehrten in ihm 4700 Personen im Jahre. Beitragszahlungen wurden insgesamt 8254 Wittagsportionen für 35 und 50 Pf. Der Versuch, Frauen im Kochen zu unterrichten, damit sie rationell wirtschaften lernen, ist mißlungen; nicht eine einzige ist gekommen. Die Jahresrechnung zeigte in Einnahme 15 752,55 Mk., in Ausgabe 15 147,90 Mk., mithin verbleibt ein Bestand von 605,65 Mk. Dabei ist zu bemerken, daß noch Aufnahmen zu befehlen sind.

Der französische Jünglingsverein an St. Ulrich (Heiter P. Benteke) feiert am Montag, den 8. Mai, abends 8 Uhr im Weinergarten sein 15. Stiftungsfest. Das Programm ist sehr gut gelungen aus Gesangsporträts, Deklamationen und einer herrlichen Aufführung, die das Leben und Treiben im Jünglingsverein schildert. Das Ehrenmitglied des Vereins, Herr Pastor Lappoth, schloß, einen Vortrag haltend. Einladungs-karten sind bei Herrn P. Heintze, Al. Märkerstr. 1, zu haben.

Die monatliche Zusammenkunft ehemaliger Gnadenzimmerinnen findet Mittwoch, den 3. Mai, 1/2 4 Uhr auf der Bergstraße statt. Frühere Beglängte anderer Wörlbergemeinden sind willkommen.

Der holländische Kolonialverein (Abteilung Halle a. S. der Deutschen Kolonialgesellschaft)

veranstaltet zugleich mit der hiesigen Vereins-Stiftungsfest am Freitag, den 5. Mai, abends 7 1/2 Uhr eine öffentliche Sitzung (mit Damen), in der Herr Oberkassier A. D. Hüßner aus Hiesia einen Vortrag halten wird über: „Die gegenwärtige Lage in Marokko, Kriege auf Grund einer Reise durch die vom Kriege betroffenen Gegenden“ (mit Lichtbildern).

Der Vortragende ist einer der besten Kenner Nordafrikas und hat über jene 1902 in das Grenzgebiet zwischen Algerien und Marokko unternommene Reise bereits früher im hiesigen Kolonialverein berichtet. Seitdem hat er noch Tunesien und Tripolisitalien besucht und 1906 auf Veranlassung des Auswärtigen Amtes an der Reise der deutschen Gesandtschaft von Tanger nach Joz teilgenommen. Er verfügt über weite Beziehungen zu den Deutschen in Marokko, für deren Interessen er wiederholt in der Presse eingetreten ist. Er ist einer der sehr wenigen Deutschen, der die bei dem Vorgehen Frankreichs gegen Marokko insbesondere in Frage kommenden Gegenden im Osten des Sahara aus eigener Anschauung kennt. Seine Ausführungen dürften gerade zu diesem Zeit- und in Marokko wieder revolutionäre Bewegungen sich bemerkbar machen und ein erneutes Eingreifen Frankreichs zu erwarten ist, besonders willkommen sein, zumal da Herr Oberkassier Hüßner auch die Gegenden, in denen heute der Aufstand tobt, kennen gelernt hat. In den Vortrag wird sich ein gemein-schaftliches Abendessen anschließen.

Hallischer Fußballsport.

Sportfreunde 1. Leipzig in Halle. Der Leitung des H. F. A. „Britannia“ ist es gelungen, für Sonntag, 7. Mai die bekannte Elf Sportfreunde 1. Leipzig nach hier zu verpflanzen. Am Sonntag, den 30. April, er. verlor Britannia II gegen Wader II mit 2:0; dagegen schlug Britannia II den Wagnerturnier mit 2:1.

Provincial-Nachrichten.

Zum Streik im Braunkohleberwerb.

Neulich, 1. Mai. Auf den Braunkohlewerken des Herzogtums Anhalt haben am Sonnabend etwa neunzig Prozent aller Arbeiter die Rindigung eingeleitet. Das Resultat hat sogar bei Kennern der Verhältnisse überzählig. Auf mehreren Werken sind die Arbeiter so fest organisiert, daß Arbeitswillige überhaupt nicht zu verzeichnen sind. Nicht nur die Bergarbeiter, sondern auch die Maschinenisten und Feiler, sowie die in den Gruben beschäftigten Metallarbeiter zeigten die Rindigung ein.

131 Kilometer in der Stunde.

Deßau, 1. Mai. Ein neuer Rekord auf den Sibirien ist jetzt aufgestellt worden. Allerdings nicht mit Dampf, sondern mit Elektrizität. Auf der elektrisch betriebenen Strecke Deßau-Bitterfeld erreichte ein mit einer A. G. Lokomotive geführter D-Zug bisher die größte Geschwindigkeit eines D-Zuges hier, auf etwa 125 Kilometer stunde.

